

**Bericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie
über die achte TTIP-Verhandlungsrunde
(02. bis 06. Februar, Brüssel)**

Die achte Verhandlungsrunde der Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) fand vom 02. bis 06. Februar in Brüssel statt. In der achten Verhandlungsrunde wurden erstmals wieder alle Verhandlungsbereiche mit Ausnahme der Themen Investitionsschutz und Investor-Staat-Schiedsverfahren, Wettbewerb und staatseigene Unternehmen diskutiert.

I. Im Einzelnen

1. Marktzugang

1.1. Warenhandel

Im Bereich **Warenhandel** wurden die Diskussionen des konsolidierten Texts fortgeführt. Im Zollbereich wurde über einzelne Sektoren und Teilsektoren gesprochen mit dem Ziel, in einzelnen Sektoren und Teilsektoren die richtige Balance herzustellen, damit zum Sommer 2015 neue Zollangebote ausgetauscht werden können. Die US-Seite ist bereit, sämtliche Industriezölle abzusenken, mit Ausnahme einiger Zolllinien für Industrieprodukte (sog. undefinierte Kategorie), für die in einem überarbeiteten Angebot noch keine Festlegungen getroffen werden sollen. In den Bereichen Schuhe und Textilien knüpfte die US-Seite einen weiteren Zollabbau an Fortschritte im Kapitel Ursprungsbezeichnungen. Sensibel und derzeit für die sog. undefinierte Kategorie vorgesehen sind für die USA Glasprodukte, Keramikfliesen sowie einige unedle Metalle. Der Zollabbau im Bereich Automobilteile und Automobile muss US-intern noch weiter diskutiert werden, bevor hier weitere Zugeständnisse gemacht werden können.

Im Bereich des **Marktzugangs für Agrargüter** liegen die Textvorschläge beider Seiten derzeit noch weit auseinander, so dass die US-Seite bislang nicht dazu bereit ist, einen konsolidierten Text mit der EU zu erstellen. Der EU-Vorschlag für ein **Kapitel zu Wein und Spirituosen** wurde von der US-Seite erneut unter Verweis auf die ablehnende Haltung der US-Weinhersteller zurück gewiesen. Im Bereich der sog. nicht-tarifären Handelshemmnisse wiederholte die EU-KOM ihre Hauptanliegen, u.a. der Abbau der 100%-Inspektionen bei Oliven, Abbau der Abgaben auf EU-Milchprodukte, Zulassung von Direktversand von europäischem Wein in die USA, „Duty drawback“ für US-Weine, US-Beihilfen für Kleinhersteller von Bier und Wein. Im Bereich Zölle wurde die bisherige Praxis in anderen Freihandelsabkommen verglichen, wobei Unterschiede in der Herangehensweise (USA mit langen Übergangsperioden, EU mit Quoten für sensibelste Produkte) deutlich wurden.

1.2. Dienstleistungen

Im Bereich **Dienstleistungen** wurde erstmals über die Angebote im Bereich Marktzugang gesprochen, nachdem bisher die Inländergleichbehandlung Schwerpunktthema war. Marktzugangsangebote haben beide Seiten durch Verweis auf ihre jeweiligen Angebote in TTIP und GATS (beides Positivlisten) abgegeben. Die US-Seite erläuterte ihre Marktzugangsangebote in spezifischen Bereichen. Beide Seiten diskutierten insbesondere den Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge und das EU-Konzept von „Public utilities“. Hinsichtlich der Maßnahmen auf Ebene der **US-Bundesstaaten** lehnen die USA weiterhin eine bindende Liste ab und schlagen stattdessen einen Konsultationsmechanismus zur Lösung konkreter Problemfälle vor, was von EU-Seite abgelehnt wurde. Hierzu müssen weitere politische Diskussionen geführt werden.

Zu **Finanzdienstleistungen** gab es Gespräche zwischen den KOM-Experten (GD FISMA und GD TRADE) und US Treasury, wie der bestehende U.S.-EU Financial Markets Regulatory Dialogue (FMRD) in TTIP ausgebaut werden könnte. Diskussionen hierzu sollen zu einem späteren Zeitpunkt auf politischer Ebene fortgeführt werden.

Gewisse Fortschritte hat es im **Telekommunikationsbereich** gegeben, wo erstmals auf Basis eines konsolidierten Texts diskutiert wurde. Gegenstand waren dabei die Themen Regulierungsbehörde, Genehmigungsverfahren, Anwendungsbereich des Kapitels, Zugang zum Netzwerk. Bei der Frage der Beteiligungsobergrenzen (foreign equity caps) verhielten sich die USA weiter defensiv. Im Bereich **E-Commerce** erläuterte die US-Seite das Konzept zu "data flows", ohne allerdings konkrete Beispiele für Barrieren für die Datenübermittlung in der EU zu erläutern.

Zur Frage der **Berufsanerkennung** gab es ein Treffen von Vertretern der jeweiligen Berufsvereinigungen für Architekten (Architects' Council of Europe und US National Council of Architectural Registration Boards). Die Architekten hätten sich zumindest auf EU-Seite für den Abschluss eines Mutual Recognition Agreements (MRA) mit den USA ausgesprochen. Herausforderung ist aus Sicht der EU-KOM, mit einem solchen MRA auch alle US-Bundesstaaten zu binden.

Hinsichtlich der **Mobilität von Fachkräften** betonte KOM, dass Fortschritte bei der Diplom-Anerkennung und Visavergabe erreicht werden sollen. Die Gespräche zu Visa wurden separat

zu den TTIP-Verhandlungen geführt. Für die EU habe es in den vergangenen Jahren immer weniger H1B-Visa gegeben; dies müsse geändert werden.

1.3. Öffentliche Auftragsvergabe

Nach einer Pause in der siebten Verhandlungsrunde wurde nunmehr ebenfalls über den Bereich der **öffentlichen Auftragsvergabe** verhandelt. Die USA waren allerdings nicht bereit, substantiell über eine Marktöffnung zu verhandeln. Die Diskussion über Public Private Partnerships und Konzessionen zeigte Meinungsunterschiede auf, insbesondere inwieweit Konzessionsvergabe bereits durch das Government Procurement Agreement (GPA) umfasst sind. Derzeit beschränken sich die Diskussionen im Konzessionsbereich auf BOT-Konzessionen (build-operate-transfer), die US-Seite hat bislang nicht die Einbeziehung von (für DEU politisch sensiblen) Dienstleistungskonzessionen in den Anwendungsbereich des Beschaffungskapitels gefordert. Der Austausch über den Text des Beschaffungskapitels hat in der Verhandlungsrunde keine nennenswerten Fortschritten erbracht. Die EU forderte wie bisher über das GPA hinausgehende Verbesserungen, wie etwa einen einzigen Zugangspunkt für EU und US-Unternehmen zu öffentlichen Aufträgen im Sinne eines Portals, um Unternehmen den Zugang jeweils zu erleichtern. Die US-Seite zeigte sich diesbezüglich zurückhaltend. Die US-Seite wiederholte bekannte Forderungen, wie u.a. eine Pflicht, Ausschreibungen auf Englisch zu veröffentlichen.

1.4. Ursprungsregeln

Im Bereich **Ursprungsregeln** wurden die ausgetauschten Texte diskutiert, allerdings noch kein konsolidierter Text vereinbart. Die Herangehensweise in anderen FTA-Verhandlungen wurden verglichen. Vertiefte Gespräche fanden zum Bereich Textilien statt. Beide Seiten machten eine befriedigende Lösung bei Ursprungsregeln zur Bedingung für einen umfassenden Zollabbau im Bereich Textilien. Beide Seiten streben zudem an, umfangreicher Materialien aus der EU und den USA verwenden zu wollen.

2. Regulatorisches Kapitel

2.1. Horizontales regulatorisches Kapitel

In den Diskussionen über das **allgemeine horizontale Kapitel zu regulatorischer Kooperation** stand der von der EU übermittelte Textvorschlag zur regulatorischen Kooperation im Fokus. Beide Seiten einigten sich darauf, möglichst bald einen konsolidierten Text zu erstellen. Die US-Seite sprach sich in einer ersten Reaktion auf das Papier dafür aus, einen breiten Anwendungsbereich für die Verpflichtungen zur Besseren Rechtsetzung (sog. Good regulatory practices) vorzusehen. Außerdem müsse sichergestellt werden, dass es zu keinen Überlappungen

mit institutionellen Bestimmungen und Sektorannexen sowie TBT und SPS-Kapitel komme. Zudem wurde erneut die Forderung nach Einführung eines „notice and comment“-Verfahrens auf EU-Ebene erhoben.

Die US-Seite hinterfragte die praktische Funktion des bilateralen Kooperationsmechanismus und der Focal Points sowie die genauen Ziele und Ergebnisse des regulatorischen Austauschs. Mit Blick auf die Forderung der EU, auch Gesetzgebung des US-Kongresses einzubeziehen, erklärte sich die US-Seite dazu bereit, zu prüfen, wie die Kommunikation zwischen EU-KOM und US-Kongress verbessert werden kann. Allerdings stellte die US-Seite auch klar, dass der US-Kongress sich keinen Kooperationsverpflichtungen unterwerfen werde und die US-Administration nur sehr begrenzten Einfluss und Information über die Gesetzgebung im US-Kongress habe. Die EU forderte die US-Seite dazu auf, die Diskussionen über eine Einbindung des US-Kongresses zu vertiefen, insbesondere im Hinblick auf solche US-Gesetze, die dem US-Kongress von der Administration vorgeschlagen würden.

Diskussionen kreisten auch Bereiche in gemeinsamen Interesse wie transparente Rechtsetzung, Gesetzesfolgenabschätzung oder ex-post Evaluation von Gesetzen. Der unausgeglichene Anwendungsbereich stellt nach wie vor eine erhebliche Hürde dar. Danach möchte die US-Seite lediglich Regulierungen der US-Bundesbehörden einbeziehen, verlangt aber von der EU die Einbeziehung von Legislativakten (Verordnungen und Richtlinien), delegierten und Durchführungsrechtsakten sowie Maßnahmen der Mitgliedstaaten in nationaler Kompetenz in das regulatorische Kapitel.

2.2. Technische Handelshemmnisse

Im Bereich **technischer Handelshemmnisse (Technical Barriers to Trade)** wurde über die Bereiche Normen, Konformitätsbewertung und Transparenz diskutiert. Beide Seiten wollen die Kooperation von Normungsinstituten verbessern und haben sich dazu ausgetauscht, wie eine Frühwarnung ausgestaltet werden kann, wenn technische Vorschriften geplant sind, die auf Normen verweisen. Die EU drängte insbesondere darauf, dass die US-Seite bereits im Vorfeld einer Veröffentlichung eines Entwurfs Informationen über geplante Vorschriften, die auf Normen verweisen, verfügbar machen, damit man die Entwicklung gemeinsamer Normen durch Normungsinstitute voran treiben kann. Die EU schlug vor, Prioritäten für gemeinsame Normung im jährlichen Arbeitsprogramm für Normung zu verankern.

Die USA erläuterten ihren Vorschlag, ein System zur **gegenseitigen Anerkennung von Normen** zu schaffen, in dem US-Normen daraufhin geprüft werden sollen, ob sie – wie europäische EN-Normen – die Vermutung der Konformität mit wesentlichen Anforderungen nach EU-Richtlinien erfüllen. Auch sollen nach den Vorstellungen der USA bestehende US-Normen stärkere Berücksichtigung bei der Erarbeitung von europäischen Normen finden. Die EU fragte nach der praktischen Ausgestaltung des von den USA vorgeschlagenen Systems zur Anerkennung von Normen, zudem wurde hinterfragt, wie die USA dies in ihrem eigenen System in den Fällen umsetzen könnten, in denen US-Vorschriften verpflichtend bestimmte Normen vorschreiben. Die EU sprach sich als realistischere Vorgehensweise dafür aus, in Zukunft eine engere Kooperation der Normungsinstitute zu fördern.

In der Frage einer verbesserten Beteiligung der jeweiligen Stakeholder im **Normungsprozess** wurden bekannte Positionen ausgetauscht. Die USA forderten, bei Normungsaufträgen an Normungsinstitute diese auch zur Befassung von Stakeholder in anderen Ländern aufzufordern. Die EU verwies insofern auf die jeweils selbst gesetzten Verfahrensvorschriften der privatwirtschaftlich organisierten Institutionen. Mit Blick auf die Normsetzung in CEN und CENELEC verwies die EU auf die Funktionsweise des europäischen Normungssystems und insbesondere das nationale Delegationsprinzip und die Pflicht, widersprechende Normen zurück zu ziehen, wenn man sich auf eine Europäische Norm geeinigt hat. Die USA brachte zudem erneut die Forderung vor, auch US-Stakeholdern Stellungnahmen zu Normungsaufträgen der EU an Normungsinstitute vorzubringen.

Bei **Konformitätsbewertungsverfahren** wurde erneut über eine engere regulatorische Kooperation zur Erarbeitung gemeinsamer Herangehensweisen im Bereich Konformitätsbewertung gesprochen. Auch wurde Kostenreduzierung und vereinfachte Anerkennung von Konformitätsbewertungen in der jeweils anderen Rechtsordnung diskutiert und die Frage weiter besprochen, ob Konformitätsbewertungsstellen aus den USA als sog. „notified Body“ im Sinne des EU-Rechts und damit als berechtigt angesehen werden können, Dritt Zertifizierungen vorzunehmen. Die EU sprach zudem wiederum die hohen Kosten für EU-Exporteure im Bereich von elektronischen Geräten und Maschinen unter dem Regime der NRTL (= Nationally Recognised Testing Laboratories) an. Zudem wurden die in CETA gefundene Lösung im Protokoll über die gegenseitige Anerkennung von Ergebnissen der Konformitätsbewertung diskutiert. Zudem stellte die US-Seite das NRTL-System für Dritt Zertifizierung im Bereich der elektronischen Geräte vor. Die EU wiederholte bestehende Bedenken gegen dieses System, was keine Berücksichtigung von

Tests anderer Konformitätsbewertungsstellen ermöglichen, selbst wenn diese nach internationalen Vorgaben akkreditiert seien.

Die EU forderte zudem, dass die US-Seite im Rahmen der TBT-Verpflichtungen in Zukunft auch Gesetze des US-Kongresses sowie der US-Bundesstaaten notifizieren solle, was bislang nicht geschehen sei. Die US-Seite verwies auf die Schwierigkeit, dass nicht klar sei, welche Gesetze überhaupt angenommen würden. Die EU forderte die US-Seite auf, einen sinnvollen Zeitpunkt für die Notifizierung festzulegen. Über die Verpflichtungen nach dem TBT-Abkommen hinausgehend schlug die US-Seite vor, auch solche technischen Vorschriften zu notifizieren, die **internationalen Normen** umsetzen. Die EU hinterfragte den Mehrwert und verwies darauf, dass die Normen international konsentiert seien und identisch verabschiedet würden, eine erneute Stakeholder-Konsultation deshalb unangemessen wäre. Zudem diskutierten beide Seiten erneut über die Möglichkeit einer engeren **Kooperation in internationalen Gremien** und werden mögliche Bereiche einer solchen Zusammenarbeit identifizieren.

2.3. Pflanzen- und tierhygienische Maßnahmen (SPS-Kapitel)

Diskussionen im Bereich SPS fanden erstmals mit Beteiligung einiger Mitgliedstaaten statt sowie der verantwortlichen Behörden auf US-Seite. Der **SPS-Text der US-Seite** wurde vorgestellt und die Verhandlungsrunde konzentrierte sich im Wesentlichen auf die Erläuterungen sowie Nachfragen zum Text.

Die US-Seite betonte, dass Lebensmittelstandards nicht abgesenkt werden sollen oder das Recht beschränkt werden soll, wissenschaftsbasierte Regelungen zu treffen. Auch müssten Stakeholder beider Seiten sich in die Regulierungsverfahren einbringen können, um zu ermöglichen, dass Regulierungsbehörden auf gleicher Informationsbasis Entscheidungen treffen können. Im US-Textvorschlag ist das Thema **Tierschutz** – anders als im EU-Text – nicht aufgegriffen, da die USA dieses Thema nicht als Frage der Lebensmittelsicherheit, sondern als ethisch-moralisches Thema betrachten. Allerdings sprach sich die US-Seite nicht per se gegen eine Regelung in TTIP zu Tierschutz aus.

Der US-Text enthält einen **Artikel zu „science and risk“**, dessen Zielsetzung es ist, dass eine wissenschaftliche Prüfung, die die Unbedenklichkeit einer Technologie oder eines Produkts feststellt, ohne Ermessensspielräume zu einer Zulassung führen müsse. Ebenfalls vorgeschlagen sind Transparenzvorschriften sowie ein Artikel zur Zulassung von Produkten aus **moderner Agrartechnologie**. Die EU-KOM stellte klar, dass beide Seiten keine Standards im Be-

reich Lebensmittelsicherheit abzusenken oder die Regulierungshoheit zu beschränken, jedoch unnötige Hemmnisse abzubauen. Die EU-KOM hinterfragte den US-Text und stellte klar, erst nach interner Konsultation mit den Mitgliedstaaten hierzu Stellung nehmen zu können. Dafür sei eine schnelle Zusammenfassung der Texte in einem konsolidierten Text erforderlich, damit Mitgliedstaaten Einsicht in den US-Text nehmen können.

2.4. Sektorannexe

Spezifische regulatorische Themen wurden in den Sektoren Arzneimittel, Chemikalien, Medizinprodukte, Kosmetika, Automobile, Maschinenbau, Informations- und Kommunikationstechnologie und Pestizide diskutiert.

- Im Bereich **Arzneimittel** wurden die Diskussionen zum Thema Good Manufacturing Practice(GMP)-Inspektionen und die Task-Force zur Bewertung der Äquivalenz der GMP-Systeme weitergeführt. Die Federal Drug Agency wird 2015 an 7 Prüfungen in Mitgliedstaaten teilnehmen (einschließlich in DEU), Planungen für eine Prüfung des US-Systems durch ein EU-Team wurden aufgenommen. Weitere Informationen forderte die FDA bzgl. der in MS geltenden Regelungen zu Interessenkonflikten. Im Bereich der sog. **Biosimilars** setzt sich die EU-KOM für eine engere Kooperation auch auf multilateraler Ebene ein, zudem möchte die EU eine Harmonisierung bzgl. der wissenschaftlichen Kriterien für die Zulassung von Biosimilars voran treiben, allerdings verweigerte die FDA eine Diskussion mit Blick auf die derzeit laufenden Konsultationen der entsprechenden Richtlinien in den USA. Diskutiert wurde auch über Regelungen für den **Austausch vertraulicher Informationen** zwischen den Regulierungsbehörden, etwa um GMP-Inspektionsberichte, aber auch Marktzulassungsdaten austauschen zu können. Derzeit werden die FDA-Regelungen auf die rechtliche Zulässigkeit eines solchen Informationsaustauschs geprüft. Zu Fragen der **Transparenz und Preisfestsetzung** bei Arzneimitteln forderte die US-Seite erneut, hierzu Regeln ähnlich derjenigen im Abkommen der EU mit Korea bzw. der USA mit Korea aufzuführen. Die EU hinterfragte den unausgeglichene Ansatz mit Blick auf das überwiegend privat organisierte Gesundheitssystem. Ein Annex wie im Abkommen mit Korea würde in erster Linie auf die EU-Mitgliedstaaten Anwendung finden und sei daher unakzeptabel. EU-KOM verwies zudem auf die in der EU geltenden Richtlinien, die eine ausreichende Transparenz vorsähen. Zu Generika wurde sich über weitere Möglichkeiten für einen engere Zusammenarbeit ausgetauscht.

- Im **Chemikaliensektor** wurden Listen von prioritären Chemikalien ausgetauscht (EU Community Rolling Action Plan 2015-2017 sowie US EPA Chemicals Work Plan) und sich ein Überblick über diejenigen Substanzen verschafft, in denen Einstufungsentscheidungen anstehen. Zudem wurde über das Pilotprojekt einer Zusammenarbeit der USA mit nationalen Behörden (derzeit DEU, GBT, FIN, SWE) bei Einstufungsentscheidungen diskutiert, mit dem Ziel, bis zur 9. VHR einen Zeitplan für eine mögliche Kooperation aufzustellen. Ebenfalls wurde über das Pilotprojekt im Bereich Klassifizierung und Kennzeichnung gesprochen. Zudem soll ein neues Pilotprojekt die unterschiedliche Ausgestaltung von Sicherheitsdatenblättern analysieren im Hinblick auf die Möglichkeit, diese ggfs. anzunähern. Die US-Seite äußerte sich nicht zu den von der EU übermittelten Textvorschlägen im Chemikalienbereich („draft outline“ und „modalities paper“), sondern möchte zunächst die weiteren Fortschritte bei den Pilotprojekten abwarten. Rückmeldung zu den Texten wurde jedoch bis vrs. Juli 2015 zugesagt.
- Im Bereich **Medizinprodukte** wurden Modalitäten für eine mögliche Teilnahme der EU-KOM am internationalen Medical Devices Single Audit Pilotprojekt diskutiert. Zielsetzung des internationalen Pilots ist es, die gegenseitige Anerkennung der Qualitätsmanagementsysteme bei der Zulassung von Medizinprodukten zu erreichen, mittelfristig auch ein einheitliches Prüfverfahren. Die EU-KOM stellte klar, dass Prüfungen, die in anderen Jurisdiktion durchgeführt werden, von der EU nur anerkannt werden könnten, es ein entsprechendes formelles Abkommen zur Anerkennung von QMS gebe. Bei Unique Device Identification (UDI) zur Rückverfolgbarkeit von Medizinprodukten wartet die EU-KOM noch auf die Übermittlung technischer Details zur bestehenden US-Datenbank, um die EU-Datenanforderungen anzupassen und eine interoperable EU-Datenbank zu schaffen.
- Im Bereich **Kosmetika** wurden Diskussionen darüber fortgeführt, wie man wissenschaftlichen Austausch und technische Diskussionen fördern kann, um perspektivisch über Sicherheitsbewertungsmethoden und –verfahren sprechen zu können. Auch wurde über den Austausch wissenschaftlicher Erkenntnisse im Bereich der Zulassung von Kosmetikinhaltstoffen diskutiert, besonders im Bereich der UV-Filter. Die EU-KOM schlug ein Pilotprojekt zur Sicherheitsbewertung bei Inhaltsstoffen von UV-Filtern vor. Die US-Seite erläuterte die Entwicklungen beim „Sunscreen Innovation Act“, angewandte Testmethoden weichen dabei von den in der EU angewandten ISO-Standards ab. Im Bereich **Tierversuche** strebt die EU-KOM zwar kein Verbot auf US-Seite an, allerdings soll bei alter-

nativ verfügbaren sicheren Testmethoden vorgesehen werden, dass statt Tierversuchen alternative Testmethoden von Kosmetikherstellern genutzt werden. Beide Seiten wollen im Bereich der Regulierung von **Allergenen in Kosmetika** enger kooperieren und tauschten sich über allergene Duftstoffe und die in der EU bestehende Kennzeichnungspflicht für 26 dieser Stoffe aus. Die US-Seite sprach sich zudem für eine Stärkung der Kooperation im Bereich der Internationalen Kosmetikregulierung (ICCR) aus.

- Zum **Automobilsektor** wurde weiter über den Themenkomplex Äquivalenz von Sicherheitsanforderungen diskutiert und die Datenbasis in den Unfallstatistiken in der EU und den USA verglichen, mit dem Ergebnis, dass die Datenbanken eine Grundlage für einen Vergleich der Systeme bieten können. Die von der EU in der letzten Verhandlungsrunde vorgestellte Fallstudie zur Sicherheit von Sicherheitsgurtverankerungen wurde von den US-Behörden zurückgewiesen, die Methodologie sei zur Bestimmung von Äquivalenz nicht tauglich. Die EU-KOM stellte klar, dass die erste Studie lediglich dazu diene, abzubilden, dass auf beiden Seiten vergleichbare Ergebnisse trotz unterschiedlicher Systeme erzielt werden können. Die EU stellte den zweiten Testfall zum Cluster „Sicht (vision)“ dar, mit konstruktiver Reaktion auf US-Seite. Weiter wurden im Automobilbereich die Themen Harmonisierung gesprochen, wo die US-Seite Themenbereiche benannt hat, in denen eine gemeinsame Regelung mit der EU wünschenswert wäre. Hierzu soll ein Arbeitsplan erstellt werden, 1998 Agreement, Kooperation im Bereich der Forschung und Entwicklung angesprochen, ohne konkrete Fortschritte.
- Im Bereich **Maschinenbau** fand ein weiterer Austausch über das von der EU vorgelegte Positionspapier statt. Die EU-KOM erläuterte, dass die im Maschinenbauannex genannten Bereiche allesamt Legislativinitiativen der EU betreffen, in denen man mit den zuständigen US-Behörden kooperieren wolle. Die US-Seite bestätigte lediglich Interesse an den dort angesprochenen IKT-Themen. Die EU stellte gemeinsame Positionen der Industrie zum Bereich Maschinenbau vor, die insbesondere eine engere regulatorische Kooperation für zukünftige Maßnahmen anstrebe.
- Im Sektor **Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)** wurde über die transatlantische e-Health/health IT Kooperation und die dort angestrebten internationalen Standards diskutiert. Zum Thema Encryption bat die EU um Vorlage eines konkreteren Texts, die US-Seite verwies allerdings auf die laufenden Diskussionen in TPP. Gespräche über eine engere Kooperation bei der Marktüberwachung wurden fortgeführt

und das Thema E-Labeling aufgegriffen, wo beide Seiten die derzeit laufenden Verfahren erläuterten. Im Bereich E-accessability sollen Gespräche über eine mögliche Harmonisierung aufgenommen werden, sobald die US-Seite den US-Standard überarbeitet und publiziert hat.

- Im Bereich **Textilien** wurden die Diskussionen über Care Labelling, neue Stoffbezeichnungen, Sicherheitsanforderungen (Entflammbarkeit von Seide, Entflammbarkeit sonstiger Stoffe) und Normen fortgeführt. Die US-Seite äußerte den Wunsch, enger zu kooperieren bei sozialen und umweltrelevanten Fragen bei Textilien und bei der Förderung verantwortlichen Handelns von Unternehmen in Drittstaaten. Das Thema wurde gemeinsam mit der Arbeitsgruppe Nachhaltigkeit diskutiert.
- Diskussionen im Sektorannex für **Pestizide** wünscht die US-Seite eine gemeinsame Überprüfungen aktiver Substanzen, was jedoch von den hierfür zuständigen MS zurückhaltend aufgenommen wurde. Auch wollen beide Seiten bei Rückstandwerten kooperieren und es wurde vereinbart, dafür in Frage kommende Substanz/Pflanzenkombinationen im Bereich der Kleinkulturen zu identifizieren. Die EU wird hierzu eine Koordinierungsstelle für MS einrichten. Diskutiert wurde zudem das EU-Papier aus der 6. Verhandlungsrunde, ohne konkrete Zusagen zum weiteren Vorgehen.

3. Handelsregeln

Schwerpunkt der Gespräche bei **Rohstoffen und Energie** lag im Bereich erneuerbare Energien und Energieeffizienz. Die US-Seite sprach als mögliche Themen Forschung, Entwicklung und Innovation (R&D&I) und bestehende Hemmnisse für EU und US-Forscher an sowie Fragen der zivilen Nutzung der Kernenergie. Die US-Verhandler erläuterten, dass es im Bereich der zivilen Nutzung der Kernenergie Probleme in Drittstaaten gebe (etwa durch Staatseigene Unternehmen), die in TTIP adressiert werden könnten. Die US-Seite wird hierzu konkretere Vorschläge vorlegen. Im Bereich Energieeffizienz stellten beide Seiten ihre Regelungen vor und Unterschiede und Ähnlichkeiten wurden abgeglichen. Im Bereich erneuerbare Energien sprach die EU local content Vorgaben sowie Netzzugang.

In der **KMU-Arbeitsgruppe** wurde weiter auf Basis des konsolidierten Texts diskutiert, insbesondere Artikel 1 (Kooperation) und Artikel 2 (Zugang zu Informationen). Zu Artikel 1 a) wurde sich auf eine gemeinsame Fassung geeinigt, so dass der Artikel nunmehr konsentiert ist. Die

US-Seite lehnte erneut ab, eine zentrale Website wie die EU zu erstellen, EU-KOM wies daraufhin, dass eine wichtige Forderung europäischer KMUs sei.

Zu Fragen der **Handelserleichterung (Trade Facilitation)** wurde weiter am konsolidierten Text gearbeitet und Fortschritte erzielt. Verhandlungsführer aus dem Bereich Marktzugang wurden einbezogen. Insbesondere wurde über den Anwendungsbereich für die vorübergehende zollfreie Einfuhr von Waren diskutiert und die Ein- und Ausfuhr von Waren im Fall von Reparaturen oder im Fall von Warenproben.

Beim **Schutz geistigen Eigentums** wurde erneut über die Liste möglicher Themen für ein Kapitel diskutiert und Fragen aus der 7. Verhandlungsrunde weiter aufgearbeitet. Auch nach mehr als eineinhalb Jahren Verhandlungen bleibt weitgehend unklar, welchen Inhalt das IPR-Kapitel haben soll. Die US-Seite möchte bislang keinen Textvorschlag austauschen, obwohl die EU-KOM hierzu erneut aufforderte. Die US-Seite verknüpfte die Diskussionen insbesondere mit den aktuellen Diskussionen über das Lissabon-Abkommen im Rahmen der WIPO (World Intellectual Property Organisation) und brachte zum Ausdruck, auch in anderen Bereichen in Zukunft nicht mit der EU kooperieren zu wollen. Die Diskussionen zu internationalen Abkommen seien noch am weitesten fortgeschritten und könne vrs. zügig abgeschlossen werden.

Die Diskussionen über **geographische Herkunftsangaben** blieben schwierig. Die USA haben signalisiert, dass nach dortiger Auffassung der GI-Schutz nach EU-Recht nicht Teil des IP-Kapitels sein könne und haben ihre massive Kritik am Verfahren zur Erweiterung des Lissabonner Ursprungsabkommens in die TTIP-Verhandlungen eingeführt. Dies führt zu einer weiteren Verhärtung der gegensätzlichen Positionen im GI-Recht.

Bei den Gesprächen über das **allgemeine Streitschlichtungsverfahren** (Staat-gegen-Staat) wurden gute Fortschritte auf Basis der konsolidierten Texte erzielt. Es wurden insbesondere der EU-Vorschlag für einen Mediationsmechanismus und der US-Vorschlag für ein Gemeinsames Komitee erörtert. Für die Zusammensetzung des Panels zeichnet sich ein Kompromiss ab, der viele Elemente des EU-Vorschlags enthält. Diskussionen wurden insbesondere über die Compliance-Phase geführt. Die EU fordert die Einführung einer so auch im WTO-Recht vorgesehenen „RPT = Reasonable period of time“ für die Umsetzung von Streitschlichtungssprüchen.

Zum **Nachhaltigkeitskapitel** einigten sich beide Seiten darauf, vor der 9. Verhandlungsrunde Textvorschläge vorzulegen. Im Abschnitt Arbeit fanden intensive Diskussionen zu den IAO-

Kernarbeitsnormen an. Die US-Seite erklärte ihr Interesse daran, wie von der EU vorgeschlagen, thematische Artikel zu den Kernarbeitsnormen im Abkommen aufzunehmen, zu Zwangsarbeit, Kinderarbeit und Nicht-Diskriminierung. EU-KOM unterstrich jedoch, dass alle IAO-Kernarbeitsnormen aufgegriffen werden sollten, einschließlich der Vereinigungsfreiheit sowie des Rechts auf Kollektivverhandlungen. Auch betonte die EU die Forderung, dass das Kapitel Verpflichtungen vorsehen müsse, IAO-Konventionen zu verabschieden. Die US-Seite verwies auf die sehr schwierige US-interne Debatte hierzu und bat um eine vorsichtige Herangehensweise. Austausch erfolgte auch zur „Decent Work agenda“.

Im Bereich **Umwelt** wurden die aus dem EU-Papier bekannten Themen weiter besprochen, etwa multilaterale Governance und die Referenz zu multilateralen Umweltabkommen, Biodiversität und thematische Artikel zum Naturschutz wurden diskutiert. Weiter zurückhaltend reagierte die US-Seite auf EU-Vorschläge zum Thema Handel und Klima, die Diskussionen hierzu sollen allerdings weitergeführt werden.

II. Wertung und Ausblick

Nach der letzten Verhandlungsrunde Ende September 2014 umfasste die 8. Verhandlungsrunde erstmals wieder die gesamte Themenbandbreite einschließlich der Marktzugangsangebote. Bis zum Sommer 2015 sollen überarbeitete Marktzugangsangebote ausgetauscht werden. Insgesamt sind in einigen Bereichen textliche Arbeiten aufgenommen worden und in ersten Teilbereichen eine Einigung auf gemeinsamen Text gelungen, allerdings sind in einer Vielzahl von Bereichen noch keinerlei Rechtstexte ausgetauscht worden.

Mittlerweile liegt mit dem konsolidierten SPS-Text der insgesamt zehnte konsolidierte Text im Leseraum in Brüssel aus. In den sog. Sektorannexen sind – neben dem SPS-Bereich - bislang nur zum Thema Technical Barriers to Trade Rechtstexte ausgetauscht worden, so dass auch das regulatorische Cluster noch nicht sehr weit fortgeschritten ist. Im Abschnitt zu Handelsregeln steht zudem ein US-Text zum Schutz geistigen Eigentums (Intellectual Property Rights - IPR) aus und das Engagement der USA bei den Themen Energie und Rohstoffe entspricht noch nicht den EU-Erwartungen.

Im Bereich der öffentlichen Beschaffung hat die US-Seite weitere Zugeständnisse mit der Aufnahme von Diskussionen zu Investitionsschutz / ISDS verknüpft. Die Europäische Kommission hat zu TTIP im Januar ein umfassendes Konsultationsverfahren abgeschlossen. Im Rahmen

des Konsultationsverfahrens sind vor allen Dingen folgende vier Punkte als zentral für die weiteren Beratungen identifiziert worden:

- 1) die Wahrung der Regulierungshoheit der Staaten (right to regulate),
- 2) Arbeitsweise und Zusammensetzung der Schiedsgerichte,
- 3) Verhältnis ISDS zu nationalem Rechtsweg und
- 4) Berufungsmechanismus.

Die EU-KOM hat mitgeteilt, dass sie gemeinsame Position für Verhandlungen bis Juni 2015 entwickeln und sie vorher mit den USA nicht über Investitionsschutz und ISDS verhandeln wollen. Die Verhandlungen werden mit der 9. Verhandlungsrunde vom 20.-24. April in den USA fortgesetzt.